

## **LBS sieht Versorgung der Stadt München bei potenzieller Aussperrung der Dieselfahrzeuge gefährdet**

(27.06.2016) Die Deutsche Umwelthilfe hatte erfolgreich wegen überschrittener Stickoxid-Messwerte in der Stadt München geklagt. Als Reaktion stehen u.a. Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in München im Raum. Der Lkw wird in der öffentlichen Diskussion nach wie vor als einer der Hauptverursacher hoher Stickoxid-Werte ausgemacht. Dabei wurden die gesetzlichen Grenzwerte für Emissionen der neuesten Motorengeneration erheblich reduziert. „Die Fokussierung auf die Stickstoffdioxid-Werte darf nicht zu massiven Einschränkungen der Innenstadtversorgung führen“, erklärt Edina Brenner, Geschäftsführerin des Landesverbandes der Bayerischen Spediteure (LBS).

Außerdem hat die Speditions- und Logistikbranche seit Jahren erheblich in neueste Motorengenerationen investiert. Millionen wurden für Fahrzeuge der Euro V und in den letzten Jahren der Euro VI-Klasse ausgegeben, Fahrzeugflotten um- oder nachgerüstet. Weitere Investitionen auf diesem Niveau sind wirtschaftlich nicht vertretbar und technisch derzeit auch gar nicht möglich. „Das ist ein großer Beitrag der Speditions- und Logistikbranche für den Umweltschutz“, so Brenner.

Der LBS spricht sich deshalb dafür aus, alle Fahrzeuggruppen, also auch Pkw, private und öffentliche Busse sowie Baumaschinen in die Diskussion um die Stickstoffdioxidbilanz der Stadt München mit einzubeziehen.

Auch der Einführung einer „blauen Plakette“ steht der LBS kritisch gegenüber. Derzeit ist im Gespräch, dass nur Fahrzeuge der Euro VI-Norm eine entsprechende Plakette erhalten und damit die Münchner Innenstadt befahren können. „Der „blauen Plakette“ fehlt derzeit aber noch die Gesetzesgrundlage. Wir als LBS geben zu bedenken, dass für ein prosperierendes München auch Euro V-Lkw sowie entsprechend umgerüstete Fahrzeuge mit vergleichbar guten Emissionswerten Zufahrt zur Innenstadt brauchen“, erläutert Brenner.

Dagegen begrüßt der LBS die Projekte der Landeshauptstadt München zur Förderung der Elektromobilität. Schwere, mehrachsige Nutzfahrzeuge ab 3,5 t für

die innerstädtischen Lieferungen sind allerdings nicht in die Förderung einbezogen und entsprechende Serienprodukte auf dem Markt noch gar nicht erhältlich. Die Versorgung der Stadt München ohne entsprechende Nutzfahrzeuge (7,5 t, 18 t und 40 t) der neuesten Dieselergenerationen Euro V und VI wird daher jetzt und in naher Zukunft nicht möglich sein. Zur Versorgung des Großraum München werden enorme Mengen an Industriegütern und Produkten des täglichen Bedarfs geliefert. Diese Anlieferungen werden in der Regel mit Fahrzeugen von bis zu 18 t, die Großmarkthalle dagegen auch mit größeren Fahrzeugen mit bis zu 40 t beliefert.

Der Schluss, dass Kleintransporter und Lastenfahräder den Verteilerverkehr dieser enormen Mengen für den Großraum München bewältigen können, ist somit falsch. Das Gegenteil ist der Fall: Diese enormen Mengen, verteilt auf kleinere Fahrzeuge im Bereich von 3,5 t zulässiges Gesamtgewicht bzw. 1,0 t Nutzlast, würden die Anzahl der Fahrzeuge, die im Großraum München bereits heute unterwegs sind, explosionsartig steigern. In einer Stadt mit einer derart hohen Verkehrsdichte wie München, ein absolut kontraproduktives Szenario.

„Eine Maßnahme im Segment der Nutzfahrzeuge dagegen wäre, die Einhaltung des Durchfahrverbots für den Transit auch wirklich zu kontrollieren. Dafür hat sich die Branche seit jeher ausgesprochen. Die Einfahrt für die Fahrzeuge, die den Großraum München wirklich versorgen, muss dagegen im Bereich der zwingend notwendigen Dieselfahrzeuge sichergestellt werden“, sagt Brenner.

Der LBS - Landesverband Bayerischer Spediteure e.V. vertritt als bayerischer Branchenverband die Interessen von ca. 450 Unternehmen aus dem gesamten Spektrum des Speditions- und Logistikgewerbes als „Architekten des Verkehrs“. Der Verband repräsentiert die Unternehmen im Bereich logistischer Dienstleistungen, des Lagerschäftes und der Kontraktlogistik, im Straßengütertransport, im Möbel- und Umzugsverkehr, in der Luftfracht, im Schienengüterverkehr sowie bei der Befrachtung von See- und Binnenschifffahrt.